

# Drucksache

der

vernetzenden Organisation

No. 4, Oktober 2009

## INHALT:

Editorial 2

## WAS WAR:

Demonstrieren ist unser Recht 3  
Versammlungsrecht verteidigen

Mit einem Blumenstrauß gegen die FDGO 4  
Dokumentation eines Konflikts an der TU Braunschweig

Was heißt hier eigentlich Streik? 6  
Reflexionen zum „Bildungsstreik“ im Juni 2009 in Bremen

## WAS IST / DEBATTE:

Aufruf: Ruhig mal was aneignen! 10

Reinigungskräftestreik an Berliner Unis 11

Anwesenheit?! 12  
Zur versuchten Abschaffung der Anwesenheitspflicht

## WAS WIRD:

Aufruf zum Autonom-Kongress 14

Alternatives Seminar in Bremen 16

Kopenhagen Gipfelstürmen 17  
Für ein solidarisches Klima nicht nur in Kopenhagen

Aufruf zur Aktion gegen den Kohlekraftwerksneubau Moorburg 19

# Editorial

Liebe\_r Leser\_in, du hältst die dritte Ausgabe der Drucksache, der unregelmäßig erscheinenden Zeitung der Vernetzenden Organisation in der Hand.

Die Drucksache ist keine Zeitung mit Redaktion, Lektorat und Titelthemen. Die Drucksache ist vielmehr für alle aus der VO und ihrem Umfeld offen. Eine Zensur findet nicht statt (und wir meinen das auch so).

Organisiert wird die Drucksache von dem AK Drucksache in der VO. Er kümmert sich um die Zeitpunkte für das Erscheinen, Deadlines für Artikel, das Layout und den Druck. Den Inhalt gestalten alle durch ihre Beiträge.

Ziel der Drucksache ist es, die VO und ihr Umfeld über die Aktivitäten und Interessen der beteiligten Gruppen auf dem Laufenden zu halten und inhaltliche Debatten zu führen.

Dabei sind die Texte weder notwendigerweise neu noch explizit für die Drucksache geschrieben. Im Gegenteil finden wir es auch gut und sinnvoll, wenn bereits vorhandene Texte in der Drucksache erscheinen, um sie noch einmal einem anderen vielleicht breiteren Kreis zugänglich zu machen.

Viel Spaß beim Lesen.

Der AK Drucksache

Kontakt: drucksache<ät>vo.bildung-schadet-nicht.de

# Demonstrieren ist unser Recht

Versammlungsrecht verteidigen!

Bremer Soli-Gruppe

**170 Ingewahrsamnahmen und Bußgeldverfahren nach friedlicher Spontandemonstration in der Bremer Innenstadt. Bei der Bekämpfung unliebsamer Meinungen wirft der Staat seine eigenen Regeln über Bord. Die ersten Verhandlungen stehen bereits im August 2009 an.**

## Was war da los?

Am 13. Dezember 2008 planten verschiedene linke Gruppen in Bremen unter dem Motto „We Still Stand Together“ und im Rahmen des bundesweiten Aktionstages aus Solidarität mit den Betroffenen der mg-Prozesse (militante gruppe) eine Demonstration gegen staatliche Repression. Das Stadtamt Bremen hatte diese Demo verboten und wurde darin vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht bestätigt.

Unter ihnen waren auch eine ganze Reihe Minderjähriger.

Der Versuch die Spontandemonstration anzumelden wurde von der Polizei nicht zugelassen und unterbunden.

## Demoverbot<sup>1</sup>

Begründet wurde das Demonstrationsverbot mit verschiedenen, sich zum Teil widersprechenden und haarsträubenden Argumenten: Dass es nicht genug Polizeikräfte gäbe, wurde schnell revidiert. Stattdessen hieß es dann, dass die Freisprüche im Verfahren zum Tod von Oury Jallohs (der gefesselt in einer Zelle des Polizeireviere in Dessau verbrannte) und Laye Conde (der in Bremen nach der Zufuhr von Brechmitteln und Wasser durch einen Polizeiarzt starb) und die polizeiliche Ermordung eines

Weiterhin wurde gemutmaßt, dass zum Bundesligaspiel angereiste „gewaltbereite Fußballfans“ sich ebenfalls der Demo anschließen und so noch viel mehr Polizeikräfte benötigt werden würden. Dass die Fußballfans dann aber nicht mehr gleichzeitig am Stadion Polizeikräfte binden können, zumal sich Demo und Fußballspiel zeitlich überschneiden, haben die Verantwortlichen in der Justiz ignoriert.

Das Vorweihnachtsgeschäft und die Besucher des Weihnachtsmarktes, denen eine Demonstration nicht recht ins Bild des Konsumrauschs passen könnte, sind weitere Gründe für ein Verbot. So argumentierte das Stadtamt mehrfach und anerkannt mit hohem Besucheraufkommen und räumlicher Enge in der City wegen Shopping Nacht und Weihnachtsmarkt. Nach dieser



Am frühen Nachmittag des 13. Dezember sammelten sich knapp 200 Menschen in der Innenstadt um in einer Spontandemonstration gegen das Demo-Verbot zu demonstrieren. Ort und Zeit der Spontandemo waren komplett andere, als die ursprünglich geplanten Demonstration.

Die TeilnehmerInnen gingen am Weihnachtsmarkt vorbei die Obernstraße hinunter und wurden nach etwa 400 Metern auf Höhe „Kurze Wallfahrt“, gegen 15 Uhr von der Polizei eingekesselt. Nach teilweise stundenlangem Warten in der Kälte erfolgte die Verbringung in unterschiedliche Wachen in denen sie, in mitunter überfüllten Sammelzellen, bis 23 Uhr ausharren mussten.

15-Jährigen in Griechenland die Stimmung zu sehr aufheizen würde. Dass es aber eine Woche vorher schon Demonstrationen zu eben jenen Anlässen gegeben hatte, wurde dabei wohlwollend ignoriert.

Die Polizei fürchtete anreisende „Gewaltbereite“ aus Hamburg, da dort an diesem Tag keine gleichnamige Demonstration angemeldet war. Es ist lächerlich und absurd, dass die Frage nach einer Demo in Bremen davon abhängig gemacht wird, ob in anderen Städten ebenfalls demonstriert wird oder nicht.

<sup>1</sup> Detaillierte Informationen und Einschätzungen zum Demo-Verbot im Artikel 'Repression gegen Antirepression' in der Zeitung der Roten Hilfe (2/2009) [zurück]

Logik werden die Interessen der Einzelhändler einen hohen Umsatz zu machen vor die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit gestellt.

Wenn die Polizei repressives Handeln mit Gefahrenprognosen begründet, hat sie auch ein Interesse daran, dass diese Prognosen Realität werden. Stellt sie fest, die Leute sind gar nicht gewaltbereit, versucht sie durch ihr Verhalten vor Ort ihre eigene Prophezeiung wahr werden zu lassen. Dummerweise musste sie am Ende dann doch eingestehen, dass die Demonstration friedlich verlaufen ist.

Fortsetzung auf Seite 4

# Mit einem Blumenstrauß gegen die FDGO

## Dokumentation eines Konflikts an der TU Braunschweig

von der PAG aus Braunschweig

Wir möchten hier einen Konflikt dokumentieren, der sich an einem Bild entfachte und dann innerhalb der Studierendenschaft der TU Braunschweig für eine Gewaltdebatte und einigen Zoff sorgte. Solche Anfeindungen kosten viel Kraft und erschweren linke Politik an den Unis. Im Nachhinein war es aber trotzdem ganz amüsant.

Ein paar Worte müssen wir noch zum Hintergrund sagen: Unsere Gruppe hat ihre Arbeit damit begonnen einen ehemaligen Fachschaftenraum (das Fachschaftencafe) zu renovieren und eine vorhandene Küche fertig einzubauen. Die Küche wird auch von anderen genutzt, insbesondere der Fachschaft Maschinenbau. Mit Teilen dieser Fachschaft haben wir wenig politische Gemeinsamkeiten, da zunehmend rechtsoffene und rechte sowie sexistische

Tendenzen vorhanden waren (Burschenkontakte, Kategorie C Fans (Kategorie C ist eine rechte Hooligan Band)). Im AStA-Ersti-Info, in dem sich politische Gruppen aus Uni und Stadt und natürlich auch die Fachschaften vorstellen können landete unsere (völlig friedliche, siehe rechts) Vorstellung direkt unter der Vorstellung der FS Maschbau. Dazu trug sie fälschlicher Weise den Titel „Fachschaftencafe“. Zur Auflockerung hatten wir ein Bild (siehe rechts) in die Vorstellung eingefügt. Es handelte sich dabei um einen Ausschnitt aus dem Flyer zu unserer Raumeinweihungsfeier unter dem Motto „Black Block meets Flower Power“ auf dem eine Gruppe verummter zu sehen ist, von denen einer etwas wirft. Das Etwas hatten wir durch einen Blumenstrauß ersetzt. Die FS Maschbau – zumindest ihr rechter Flügel – war entrüstet und sammelte Un-

terstützer\_innen bei anderen Fachschaften um uns im StuPa per Beschluss eine Distanzierung abzurufen. Natürlich haben wir uns nicht distanziert und uns schon gar nicht vom StuPa etwas vorschreiben lassen. Aber den Platz im nächsten AStA-Info haben wir gern genutzt um die Sache zu erklären und ein wenig zu polemisieren (siehe rechts). Auch die Maschbauer waren nicht still und verfassten ihrerseits einen Text in dem sie uns unter anderem fehlende Distanzierung von linksradikalen Inhalten ;-) und dem AStA eine absichtliche Platzierung der Texte untereinander vorwarfen. <http://www.tu-braunschweig.de/Medien-DB/fsmb/fettpresse-ws08.pdf> Mittlerweile ist Ruhe in der Sache eingeleitet. Insgesamt hat sie uns als Gruppe bekannter gemacht, war aber zwischenzeitlich sehr nervenaufreibend.

*Fortsetzung von Seite 3*

### Innensenator macht Falschaussagen

Im taz-Interview (16.01.2009) sicherte Innensenator Mäurer noch zu, dass keine „Personenbezogenen Daten“, die nach dem Polizeikessel aufgenommen wurden, gespeichert werden würden.<sup>2</sup> Inzwischen ist aber klar, dass dies sehr wohl geschehen ist. Willkürlich wurden Anhörungsbögen und Bußgeldbescheide über 73,45€ verschickt. Über 70 Leute legten Einspruch gegen die Bußgeldbescheide ein und inzwischen stehen die ersten Verfahren an. Mindestens einem Menschen ist auf Grund der Ingewahrsamnahme und der Eintragung in (darüber lässt sich nur mutmaßen) Polizeidatenbanken, beim Nato-Gipfel im April die Einreise nach Frankreich verwehrt worden.

### Polizeiexperimente in Zeiten der Krise

Das repressive Vorgehen gegenüber der Antirepressions-Demo reiht sich nahtlos in eine Kette von behördlichen Anmaßungen

<sup>2</sup> Aus dem taz-Interview vom 16.01.2009: taz: Herr Mäurer, was ist mit den Personendaten, die nach dem Polizeikessel am 13.12. aufgenommen wurden? Kommen die in die Gewalttäterdatei? Werden die gespeichert? Mäurer: Nein.

ein. Stadtamt und die Polizei probieren sich in letzter Zeit vermehrt aus, wie weit sie widerspruchslos gehen können. Sei es im Rahmen von Fußballspielen (z.B. die präventive Ingewahrsamnahme von mehr als 230 Frankfurter Fußballfans am 29.11.2008) oder eben auch auf linken Demonstrationen. In Zeiten der (wirtschaftlichen) Krise mit zu erwartenden steigenden Unsicherheiten und eventuellen 'sozialen Unruhen' trägt der Staat sein autoritäres Wesen – ganz ohne sozialpartnerschaftlichen und integrativen Anstrich – offen zur Schau. So ist es nicht verwunderlich, wenn auch staatliche Organe wie Polizei und Innensenat deutlich unterstreichen, dass gerade jetzt „Recht und Ordnung“ über Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht zu herrschen habe. Doch autoritäre Befriedung löst weder Ängste und Unsicherheiten, noch soziale Konflikte.

### Demonstrieren ist unser Recht!

Wir lassen uns davon nicht einschüchtern. Demonstrieren ist unser Recht – wann, wo und wie wir wollen. Doch ganz offensichtlich dürfen wir dieses nicht als gegeben betrachten sondern müssen es verteidigen und uns offensiv aneignen. Immer wieder aufs Neue! Auch in Zukunft werden wir uns nicht von staatlichen Behörden vorschreiben lassen, wann wo und wie wir Kritik an

dieser Gesellschaft artikulieren. Deshalb bezahlen wir die Bußgeldbescheide nicht und werden rechtlich gegen das Demoverbot vorgehen.

### Bezahlt wird nichts!

Wir ermutigen alle Betroffenen die Bußgelder nicht zu bezahlen und gegen sie Einspruch einzulegen. Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen und unterstützen ihr Ansinnen auch gegen staatliche Repression demonstrieren zu können. Wir fordern die Löschung aller erhobener Daten bei der Polizei und Freisprüche für alle Betroffenen!

### UnterstützerInnen

113a, à gauche – linke Jugendgruppe, Annemarie Hildebrandt, Antifaschistisches Komitee, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Avanti – Projekt undogmatische Linke, BAAF - Bremer Anti Atom Forum, Bewegung 18. Oktober, Bremer Erwerbslosen Verband, Ermittlungsausschuss Bremen Gruppe FeliZ, Hartmut Drewes (Pastor i.R.), Linksjugend [solid] Bremen, Noch eine autonome Gruppe, NoLager Bremen, Racaille Verte, Rote Hilfe e.V. OG Bremen, Stadtkommune Alla Hopp

Mehr und aktuelle Infos  
<http://antirep1312.blogspot.de/>

## Vorstellung „Haufen“

Hinter der Bezeichnung „Haufen“ verbirgt sich eine Gruppe von Studierenden, die sich gemeinsam kritisch mit ihrer Umgebung auseinandersetzen und Alternativen diskutieren und ausprobieren wollen. Gefunden hat sich die Gruppe neben persönlichen und politischen Kontakten über die Renovierung eines ehemaligen Fachschaftenraumes im Grotrian-Gebäude. Der Raum soll nun gemeinsam von verschiedenen politischen und nicht politischen Gruppen und Fachschaften für regelmäßige Treffen und einzelne Veranstaltungen genutzt werden und einen Freiraum gegen den durchorganisierten Uni-Alltag bieten.

Politisch interessieren wir uns bedingt durch persönliche Interessen für viele Themen. Momentan arbeiten wir an einer Informationsbroschüre über die Stadt Braunschweig und die Region, die insbesondere frisch Zugezogenen einen politischen Überblick geben soll. Konkret wird es um die politische Geschichte und Gegenwart der Stadt, die jüngste wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung der Region Südostniedersachsen rund um den Cluster VW/Wolfsburg und die (damit verbundene) Neuausrichtung der TU Braunschweig gehen. Außerdem wollen wir eine kleine Übersicht über Braunschweigs linke politische Landschaft geben.

Weniger politisch ist die Filmreihe, die wir im Wintersemester organisieren. Obwohl alle Filme durchaus zum Nachdenken anregen, steht hier der Spaß im Vordergrund. Das Programm findet ihr unten/rechts (<-ans Layout anpassen) auf dieser Seite.

Überregional arbeiten wir im Rahmen der „Vernetzenden Organisation“ mit anderen Gruppen zusammen um unsere lokalen Probleme in einen größeren Zusammenhang stellen zu können und nicht nur im eigenen Saft zu schmoren.

Wir haben keine Sprecher\_innen, Vertreter\_innen oder ähnliches, alle sind gleichberechtigt. Entscheidungen treffen wir gemeinsam, jede\_r beteiligt sich nur an Aktivitäten, wenn er/sie möchte. So werden niemandem Aufgaben aufgezungen.

Möchtest du mehr wissen?  
haufen<ät>rotegruetze.net

## Stellungnahme der PAG zum Vorstellungstext im AStA Info

Unsere Gruppenvorstellung im Ersti-Info hat für einige Verstimmungen gesorgt. Deshalb möchten wir hier kurz erklären, wie sie zustande gekommen ist.

Stein des Anstoßes war die Kombination aus der Überschrift „Fachschaftencafé“ mit einem Ausschnitt aus der Einladung für unsere „Black Block meets Flower Power“ Party (hier/rechts/links/oben<-passend einsetzen noch einmal abgedruckt). Lasst uns gleich zu Anfang sagen, dass die Überschrift ein



Versehen ist. Wir waren uns noch nicht über unseren Gruppennamen einig, als wir den Vorstellungstext geschrieben haben, da wir vorher nie einen brauchten und Konsensfindung nicht immer ganz einfach ist. Im Zuge dessen ging der Text ohne Überschrift auf den Weg zum AStA. Dort bekam er dann den Namen des Raumes, den wir renoviert haben und gemeinsam mit unseren Kritiker\_innen nutzen, verpasst. Dass das Bild für so viel Aufsehen sorgen würde, hätten wir – und wohl auch der AStA – nie gedacht. Sonst wären alle Beteiligten vorsichtiger damit umgegangen. Für uns war das Bild ein Scherz, zumal ein Scherz eher auf Kosten von Steineschmeißer\_innen als zu ihren Gunsten – passen doch Blumensträuße nicht unbedingt in ein Straßenkämpfer-Selbstverständnis. Offensichtlich unterscheidet sich unser Humor von dem einiger

Fachschaftler\_innen, insbesondere dem einiger unserer Nachbar\_innen in der Fachschaft Maschinenbau, die das Bild zu einem wahren Sturm der Entrüstung veranlasste.

Trotzdem freuen wir uns sehr über das gewaltkritische Engagement unserer Nachbar\_innen und hoffen bald gemeinsame Aktionen gegen Rüstungsforschung an der TU, schlagende Verbindungen und die implizite Unterstützung von Gewalt durch Initiativen wie Bonding, die immer wieder Rüstungskonzerne zu ihren Firmenkommunikationsveranstaltungen einladen (dieses Jahr u.a. EADS und Diehl) durchführen zu können. Auch auf dem spannenden Feld des Umgangs mit

Gewalt und Gewaltverherrlichung bei den Fans norddeutscher Fußballclubs sehen wir in unseren schärfsten Kritiker\_innen kompetente Berater\_innen.

Nun, wir hoffen unseren Standpunkt erläutern zu können. Wenn ihr noch Fragen habt, schreibt doch einfach eine Mail (pag<ät>rotegruetze.net) oder kommt uns bei einem Treffen besuchen. Jeden ersten Montag im Monat kann man uns beispielsweise in ungezwungener Atmosphäre bei einem netten Film kennenlernen (20:00). Einfach rein in den Grotrian (Zimmerstraße 24c) ab in den ersten Stock und dann zwei mal rechts.

Eure pragmatisch antiautoritäre Gruppe.

# Was heißt hier eigentlich Streik?

Reflexionen zum „Bildungsstreik“ im Juni 2009 in Bremen

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

## Vorbereitung

Im Januar 2009 diskutierten wir auf dem VO-Treffen in Braunschweig mit verschiedenen anderen Gruppen und Einzelpersonen über die „Einladung zum Projekttreffen ‚Bildungsstreik 2009‘“ und den „Aufruf zum Bildungsstreik 2009“. Diese Auseinandersetzung mündete in einer von einigen Diskussions- teilnehmer\_innen formulierten Stellungnahme, die auf dem folgenden „Bildungsstreik“-Vorbereitungstreffen in Berlin verteilt wurde. Ebenso war sie in der 3. Drucksache vom April 2009<sup>1</sup> und in der Dokumentation über „Organisationsprozesse im Bildungsstreik 2009“<sup>2</sup> zu lesen.

der frühe Aufruf auf reformistische Forderungen nach einem öffentlich finanzierten Bildungswesen einer Demokratisierung der bestehenden Bildungsinstitutionen. Systemkritik war Fehlanzeige. Dazu paßte natürlich die Ausrichtung auf ein breites papiernes Bündnis mit anerkannten Organisation/ Institutionen. Aber es fehlte jeder inhaltliche Anknüpfungspunkt für praktische Bündnisse mit anderen linken/linksradikalen Teilbereichsbewegungen. Den Begriff Streik für all das Geplante und auch letztendlich Durchgeführte fanden wir von Anfang an ziemlich daneben. Er ist natürlich geschickt gewählt, weil er als Label eine gewisse Ra-

in der VO eine auf eigene Praxis ausgerichtete weitere Auseinandersetzung mit dem „Bildungsstreik“ statt. Zwar gab es interventionsorientierte Gruppen/Menschen, die sich in die lokalen Vorbereitungsprozesse einbrachten. Eine gemeinsame Koordination einer möglichst radikalisierenden Intervention hat jedoch nicht stattgefunden. In Bremen gab es darüber hinaus keinerlei „Notwendigkeit“ auf irgendetwas in dieser Hinsicht zu reagieren. An der Uni und der Hochschule regte sich nichts und auch die GSV (GesamtschülerInnenvertretung), die ein halbes Jahr vorher noch den Schulstreik organisiert hatte, hielt sich diesmal zurück.



Wir konnten nicht nachvollziehen, daß das Konzept des „Bildungsstreiks“ eine Reflexion der Fehler vergangener Studiengebührenproteste sei. Auch waren wir der Auffassung, daß das massenhafte Mobilisierungspotential unterhalb der „Misserfolge“ aus dieser Zeit liegen würde. Außerdem spielte eine langfristige Perspektive von systemkritischer Politisierung und Handlungsfähigkeit über die geplante, zeitlich klar begrenzte Protestwoche hinaus, keinerlei Rolle. Statt dessen überwog der passend zum Bundestagswahlkampf geplante appellative Protestcharakter und die Ausrichtung auf eine Präsenz in den Massenmedien. Hierzu beschränkte sich

dikalität und damit Bedeutung der eigenen politischen Praxis vorgibt, auf die jedoch möglicherweise irgendwann nicht mehr nur die Medien hereinfallen, sondern auch die „Streikenden“ selbst.

Quintessenz für fast alle in Braunschweig an der Diskussion Beteiligten war es deshalb, sich nicht an Aktivitäten unter Konzept und Label „Bildungsstreik“ beteiligen zu wollen. Die Möglichkeit eigener Aktionen und Aktionsformen ließen wir uns aber bewusst offen.

Die Kapazität, nun selbst etwas aus unserer Sicht angemessenes zu entwickeln, ist dann jedoch über das gesamte Frühjahr nie vorhanden gewesen. Ebenso wenig fand

Erst Anfang Mai - also ca. 1,5 Monate vor der Bildungsstreik-Protestwoche lud an der Uni plötzlich der SDS zu einem Vorbereitungstreffen ein, um „Druck für eine bessere Uni zu erzeugen“. Außer uns kamen noch avanti-bremen und vier oder fünf einzelne Studis. Wir äußerten unsere Monate vorher aufgestellte Kritik und schlugen die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem kaum bekannten Protestwochen-Konzept vor, um gemeinsam eine eigene lokale Praxis und Perspektive zu entwickeln. Avanti berichtete von ihrem Bestreben um eine längerfristig handlungsfähige bildungspolitische Opposition in Bremen und ließen offen, ob sie sich in diesem Rahmen am „Bildungsstreik“ beteiligen würden. Der SDS wollte schlicht eine Demo, die mindestens so groß sein sollte, wie die des Schulstreiks zuvor (5.000-8.000). Die wenigen anderen anwesenden Studis fanden daran Gefallen, da bereits mit dieser Intention vom SDS eingeladen worden war.

Nach diesem Treffen sind wir davon ausgegangen, daß sich in Bremen nicht viel und wenn dann nur sehr „realpolitisch“ etwas bewegen würde. Wir beschlossen deshalb, den Prozess lediglich kritisch zu begleiten und wo möglich radikalisierenden zu intervenieren.

Unter dem Einfluß vom SDS und auch von Avanti entstanden innerhalb der folgenden Wochen Pläne für eine Vollversammlung am Montag, den 15.6.09, eine Informationsveranstaltung am Dienstag und eine

1 [http://www.vo.bildung-schadet-nicht.de/attachments/049\\_drucksache\\_09\\_01.pdf](http://www.vo.bildung-schadet-nicht.de/attachments/049_drucksache_09_01.pdf)

2 <http://de.indymedia.org/2009/04/246332.shtml>

Großdemonstration am Mittwoch. Unsere Einwände, daß die Vorbereitung eines solchen „Programmes“ für die wenigen Aktiv gewordenen, absolut größtenteils sinnig sei, wurde auf den Vorbereitungstreffen nur von einigen nicht organisierten Studis aufgenommen. Interessanterweise von denen, an denen auch die meiste Arbeit hängen blieb.

Auf den wöchentlichen Treffen kam es vor allem immer wieder zu dem ganz praktischen Problem, wie und von wem das alles bewältigt werden sollte. Die Organisation und Koordinierung gestaltete sich entsprechend und die teilweise kreative aber dennoch geringe Mobilisierung ging im Trubel des Unialltags und des AStA-Wahlkampfes weitgehend unter. Wenige Tage vor der VV, die von kaum mehr als 2-3 Personen vorbereitet wurde, gab es noch keinen Plan bzw. keine Einigkeit darüber, wie diese überhaupt ablaufen sollte und warum überhaupt. Für die Demo war ein EA als überflüssig abgetan worden und von dem Schülerbündnis, das unter einem anderem Motto zu der gleichen Demo aufrief, wußte das Unibündnis nur aus Erzählungen des SDS.

Obwohl es der SDS und Avanti waren, die die Aktivitäten und die Ausrichtung des Unibündnisses bestimmten, übernahmen sie dafür nach unserer Wahrnehmung nur begrenzt oder nur in Form von Einzelpersonen Verantwortung. Sie brachten bei weitem nicht die hochschulpolitische Erfahrung ein, die sie teilweise gemeinsam mit uns gesammelt haben. In wichtigen Teilen ließen sie die ins Rollen gebrachten Aktivitäten einfach laufen, auch wenn lange absehbar war, daß sie nicht erfolgreich oder wenigstens zufriedenstellend ausgehen würden. Wir empfanden das bisweilen als Instrumentalisierung der restlichen Studis im Vorbereitungsbündnis.

### Woche selbst

Die „Bildungsstreik“-Protestwoche selbst läßt sich am Besten mit der häufig etwas verständnislos gestellten Frage beschreiben, wo denn gestreikt werde, oder ob nicht wenigstens irgendwo irgendetwas „los“ wäre. Allumfassend herrschte der alltägliche Unibetrieb.

### Vollversammlung

Ihrem Namen nach war die Vollversammlung ein Desaster. Gerade einmal 300 Studis waren um 15h in der Mensa erschienen, um sich von studentischen GEW Vertretern

anzuhören, daß der Bologna-Prozeß lieber gestaltet als rückgängig gemacht werden sollte. Wie immer auf solchen Veranstaltungen existierte das Phänomen, daß die selben Menschen völlig gegensätzlichen Positionen ihren Beifall zollten. Inhaltlich



kontrovers wurde es nur einmal aus dem Anlaß, daß eine Studentin sich über das Transparent „Freie Bildung für Alle - Kapitalismus abschaffen“ direkt an der „Redner\_innenbühne“ beschwerte. Neben einigem Heckmeck, wollte ein Vertreter der Liberalen Hochschulgruppe die ausgelöste Situation gleich nutzen, um den AStA für das Transpi zu beschimpfen und ein SDS-Vertreter bemühte sich gleich darauf hinzuweisen, daß die inhaltliche Aussage nicht repräsentativ für das Bremer Bildungsstreikbündnis sei und das Transpi nicht die Demo anführen werde.

Ausdruck des Chaos „hinter den Kulissen“ war vor allem, daß noch während der VV selbst die Frage aufkam „Wie machen wir gleich weiter?“ Denn außer den „einleitenden“ Redebeiträgen gab es vom Unibündnis keinen wirklich festgelegten Plan wie diskutiert und ob etwas bestimmtes beschlossen werden sollte. Erst kurz vor knapp war sich überhaupt auf ein Schwerpunktthema für die VV geeinigt worden, daß geeignet erschien, die Studis massenweise hinterm Berg hervorzulocken. Allerdings war es dann weder der Schwerpunkt, noch mobilisierte es die Studis. Und da ein von 300 Studis getragener Beschluss sowieso irrelevant ist, ging es am Ende der VV lediglich noch um Schadensbegrenzung, damit das Gefühl auf dem Nachhauseweg, was das Ganze eigentlich soll, nicht unnötig groß würde. Die hinterher teilweise wahrnehm-

bare Position, daß die VV mehr oder weniger erfolgreich war, teilen wir nicht. Denn dies interpretierte die VV nicht als solche, sondern begriff sie lediglich als Mobilisierungsveranstaltung für die Demo zwei Tage später.

### Info-VA

Nach dem VV-Debakel war niemand von uns motiviert an der Info-Veranstaltung am darauffolgenden Tag teilzunehmen. Rund 40 Studis diskutierten teilweise weiter über das kapitalismuskritische Transpi, wobei sich nur eine kleine Minderheit positiv darauf bezog.

### Demo

An der Demo nahmen rund 2.000 Menschen teil, die überwiegende Mehrheit von ihnen Schüler\_innen. Die verschiedenen Schätzungen, wie viele Studis mit auf der Straße waren, liegen grob zwischen 50 und 200. Wir tendieren zu der kleineren Zahl. Damit war die Demo aus studentischer Sicht ein Fiasko, aber auch aus Sicht der Schüler\_innen eine deutliche Verschlechterung um mehrere 1.000 Teilnehmer\_innen gegenüber dem Schulstreik von November 2008. Die Atmosphäre entsprach einer großen politischen Klassenfahrt und wurde von einem Euro-mayday typischem Schilderwald (z.B. Sprechblase mit „Wir sind mehr Wert als Opel“) begleitet. Gleich zu Beginn kam es im Hintergrund zu einem Konflikt um die Hoheit auf der Demo. Das „Freie Bildung für alle - Kapitalismus abschaffen“-Transpi gesellte sich neben das offizielle Fronttranspi mit dem Spruch „Für Solidarität und freie Bildung“. Platz für beide Transpis gab es allemal, auch wenn sich die 2000 Demoteilnehmer\_innen nur sehr zögerlich

über die gesamte Straßenbreite verteilen. Die Träger\_innen verstanden sich zudem auf Anhieb so gut, daß sie ihre beiden Transpis zusammenknoteten. Trotzdem reagierte die SDS Demoorga recht aggressiv und verwies aufgebracht auf einen angeblichen Bündnisbeschuß, daß das kapitalismuskritische Transpi nicht in der Nähe der Demospitze zu sehen sein sollte.

Aber auch sonst hatte die Orga gut zu kämpfen. Die Technik war für die Demogröße hoffnungslos überfordert und als die Schüler\_innen mit vorschreitender Zeit zunehmend konsumfreudig in die Innenstadt drängten, waren sie auch von den Fronttranspis oder von Zwischenkundgebungen nicht mehr zu stoppen.

### Unsere VAs

Wir selbst haben aus dem Anspruch heraus radikaler Kritik Raum zu verschaffen zwei Veranstaltungen in der Zeit des „Bildungsstreiks“ organisiert. Auf Unmut stieß dabei teilweise, daß sie auch auf dem Flugblatt des Uni-Bündnisses angekündigt wurden. Befördert hatten wir das blöderweise sogar noch selber, indem wir die Termine erst im letzten Moment vor der Fertigstellung des Flugblattes kommunizierten und sie

deshalb auf dem Bündnistreffen nicht diskutiert worden waren. Einige fanden die Titel unserer Veranstaltungen zu radikal und deshalb für ein so auf Masse schielendes Bündnis ungeeignet, andere ärgerten sich darüber, daß wir uns mit eigenen Veranstaltungen hervortun würden.

Die erste Veranstaltung fand in Kooperation mit der Maus-Bremen (Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz e.V.<sup>3</sup>) unter dem Titel „Wissen(schaft), (Aus)Bildung und Herrschaft“ am Tag nach der Demo statt. 25 Personen zumeist aus dem Umfeld des Bildungsstreik-Bündnisses diskutierten bei schönem Wetter am GW3 stellenweise recht schwerfällig, ob tatsächlich „alles“ in Frage gestellt werden müsse.

Eine Woche später versuchten wir unter dem Titel „Was heißt hier eigentlich Streik?“ einen Ort der Reflexion und Perspektive für diejenigen des kleinen Aktivist\_innenkreises zu bieten, die sich nicht einfach mit dem Kampagnenende des Bildungsstreiks zufrieden geben wollten. Spontan hatte der SDS noch parallel zu einer Grillparty zur Feier der erfolgreichen Demo eingeladen. Aber immerhin noch einmal 20 Menschen hörten sich unsere Eindrücke und Kritik an,

3 [www.maus-bremen.de](http://www.maus-bremen.de)

diskutierten lebhaft und gar nicht mehr so kontrovers darüber, zerbrachen sich den Kopf über die „Perspektiven linksradikaler und emanzipatorischer Hochschulpolitik“ und überlegten wie es deshalb gemeinsam weitergehen könnte.

### Unsere Rolle/Verhalten

Nach unserem Entschluss aus dem Frühjahr, lieber etwas eigenes anstatt den Bildungsstreik zu machen, fehlten uns dafür nicht nur die Kapazitäten, sondern irgendwie auch die durchschlagende Motivation. Trotz eines generell auch bewegungspolitischen Politikansatzes sind wir uns nie darüber einig geworden, ob wir den Bildungsstreik radikalieren oder doch lieber ignorieren sollten/wollten. Der spätere Entschluß im Uni-Bündnis dann nur „mitzuschwimmen“ lag auch neben der pessimistischen Einschätzung des Möglichen auch mit daran, daß wir uns nach langem Ringen gerade entschlossen hatten, uns erneut an den parallel zum Bildungsstreik stattfindenden AStA-Wahlen zu beteiligen. Kraft fanden wir daher gerade für die beschriebenen inhaltlichen Interventionen. Eigene Aktionen, für die es einige Ideen gab, konnten wir deshalb nicht umsetzen. Vor allem während der Vorbereitungs- und Mobilisierungspha-



se hatten wir selbst den Eindruck teilweise nur zu nörgeln und darüber möglicherweise destruktiv zu wirken. Vor allem den gerade aktiv gewordenen Studis gegenüber haben wir uns deshalb unwohl gefühlt.

Bereits vor der Protestwoche hatten wir häufiger ins GW3 eingeladen und in kleinem Rahmen einige Gespräche und Diskussionen zur hochschulpolitischen Perspektiven geführt. Als es in der Protestwoche selbst nicht einmal mehr ein Treffen des Uni-Bündnisses gab haben wir uns um spontane Nachbereitungen bemüht, damit nicht alle mit ihren Eindrücken alleine blieben. Unsere VA in der Woche danach verfolgte den gleichen Zweck. Wir finden, daß es uns damit insgesamt recht gut gelungen ist, einen Teil der Aktivist\_innen aufzufangen und ihnen Reflexionsorte zu geben, die das Uni-Bündnis selbst nicht vorgesehen hatte. Das wir uns in diesem Sinne nicht im Bündnis selbst engagiert haben, lag daran, daß uns dort keine konstruktive und vorurteilsfreie inhaltliche Auseinandersetzung möglich erschien. Dies war aber auch der Grund, warum der SDS und Avanti unseren Veranstaltungen weitgehend fern blieben.

## Perspektive

Der Verlauf der Bremer Bildungsstreik-Aktivitäten, hat gezeigt, wie schwer es gegenwärtig an Unis und vielleicht speziell in Bremen ist Bewegungsarbeit zu betreiben. Diese Einschätzung wird auch noch von der parallelen Entwicklung gestützt, daß es in diesem Moment nicht die Studis, sondern die Unileitung versucht, die erst vor Jahren von ihr selbst eingeführten Anwesenheits-

listen an der ganzen Uni wieder abzuschaffen. Ebenso hat auch die Abschaffung der uniweiten Mittagspause zu wenig mehr als dem üblichen Motzen geführt. Generell ist zu diagnostizieren, daß BA/MA in wenigen Jahren die Einstellung der Studis zur Universität massiv verändert hat und linksradikale/herrschaftskritische Positionen, Aktionen und Strukturen sich immer weiter auf dem Rückzug befinden. Die Uni, als Ort des kritischen und deshalb befreienden Ausbrechens aus den eigenen ökonomischen und ideologischen Zwängen ist im Moment nicht mehr. Ganz im Gegenteil, sie betreibt die Reproduktion dieser Zwänge mehr denn je und die Studierenden gehen voll und ganz darin auf. Natürlich: Ausnahmen inklusive. Denn es gibt sie weiterhin, die Kreise der Unbeugsamen und ewig Renitenten. Jeden Tag stellen Studis fest, daß ihre Situation zum Kotzen ist. Jedes Jahr kommen neue Menschen an die Unis, und nicht alle hören auf zu fragen, wo sie denn da bittesehr gelandet sind. Wenn es scheinbar gerade weitgehend unmöglich ist, diesem Zustand mit einer breiten, nicht nur auf sich selbst bezogen argumentierenden, Masse zu begegnen, dann ist es das doch - und das zeigen viele Beispiele weiterhin im Kleinen (ob zu Anwesenheitslisten, Stundenplänen, Prüfungsstreß, Plakatierverboten oder sonst was) - nicht ereignisbezogen, sondern Ereignisse nutzend um gemeinsame Schlüsselerlebnisse zu erzeugen, Austausch herzustellen und Erfahrungen weiterzugeben. Das aber geht nur, indem wir unsere argumentative und praktische Radikalität beibehalten und weiterentwickeln. Wir wollen hier keineswegs für ein politisches Einigeln in linksradikale Argumentationsmuster

und Identitäten plädieren, sondern fordern einen offensiven, nach außen gerichteten Umgang damit ein. Denn versuchen wir uns in Zeiten fehlender Bewegung allzu sehr den herrschenden Diskursen anzunähern, um möglichst viele Menschen „dort abzuholen, wo sie stehen“, verlieren wir gleichzeitig auch tendenziell unsere eigenen Positionen und Erfahrungen, die wir anderen überhaupt noch mitteilen können.

Für die Art und Weise, mit der wir uns in den Bildungsstreik eingebracht haben, finden wir, daß es einigermaßen gelungen ist, aus herrschaftskritischer Perspektive in die Aktivitäten zu intervenieren. Sei es über einfache Gespräche im Aktivist\_innenkreis, über Transpis, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort aufgetaucht sind, oder über unsere Veranstaltungen. Dennoch bleibt uns der fade Beige-schmack, teilweise nur gemeckert und uns nicht stärker konstruktiv in den Vorbereitungs- und Diskussionsprozess eingebracht zu haben. Vor allem vor einer breiteren Diskussion unserer Argumente etwa auf der VV und der Info-Veranstaltung haben wir uns ziemlich gedrückt. Hier war es statt dessen meist Avanti, die dann letztlich für eine inhaltliche Dimension sorgten.

Trotzdem resultierte aus unseren beiden Veranstaltungen eine bis weit in die Semesterferien hineinreichende regelmäßige inhaltliche und praktische Auseinandersetzung zwischen uns und anderen Aktivist\_innen mit dem existierenden Bildungssystem. Das hat uns bewiesen, daß linksradikale Basisarbeit an den Uni im Moment nicht nur strategisch notwendiger denn je, sondern nach wie vor auch möglich ist.

# Aufruf: Ruhig mal was aneignen!

von den üblichen Verdächtigen aus Berlin

**Lasst uns Freiräume schaffen! Lasst uns wieder Räume besetzen und zeigen, dass selbstbestimmte Bildung attraktiver ist!**

**Warum? – Eine beispielhafte**

## Rechnung

**168 h ist die Anzahl der Stunden in einer Woche**

- 70 h von Bachelor-Studierenden erwarteter „Workload“ (davon 10 h unterwegs erledigen!)
- 2 h nicht nutzbare Fahrzeiten
- 15 h Studi-Job – hoffentlich über Mindestlohn (mehr als 60% der Studierenden arbeiten nebenher)
- 49 h Schlaf: durchschnittlich 7 Std. pro Tag – auch samstags und sonntags
- 4 h Körperpflege und Hygiene
- 12 h essen, einkaufen und zubereiten der von Nahrung in größter Eile
- 16 h übrig für alles andere, z. B. leben...**

Hier ist zu sehen, wo die Zeit beim Bachelor-Studium durchschnittlich hingehet. Selbst wenn jemand keine Kinder, keine Gebrechen oder irgendwelche über das Normalmaß hinausgehende Belastungen hat, bleibt bei bester Organisation kaum etwas von der Zeit zur freien Verfügung. Diese Zeit fehlt zur Reflexion und Selbstentfaltung; sie legt uns fest auf den permanenten Versuch, am Ende in der Konkurrenz um Jobs besser als andere dazustehen. Dies ist nicht nur Enteignung von Lebenszeit, sondern auch von Lebensqualität!

Fast alle Studierenden haben eine Schule hinter sich, die ihnen zunehmend Zeit und Raum nahm sich auszuprobieren. Viele hatten noch keine Möglichkeit zu erfahren was es bedeutet, sich seine Zeit selbst einzuteilen, für etwas einzustehen oder die eigenen Rechte auszuüben. Dabei gab es meist gar keinen direkten Zwang, die Zeit mit Schule, Nachhilfe und büffeln zu verbringen. Das Problem ist eher der unnötige psychische Stress und der Zwang zur Konformität, der aufgebaut wird indem sogar schon Kindern permanent eingebläut wird, dass sie sich furchtbar anstrengen müssen, weil sie sonst keinen Job bekommen und dann zu den Verlierern der Gesellschaft gehören.

**Lasst Euch nicht einschüchtern! Eine andere Bildung ist möglich! Nehmt Euch Zeit – trotzdem!**

## Darum: Der Enteignung eine Aneignung entgegensetzen!

Lasst uns einen Raum schaffen, der lebenswert und -lustig ist, in dem jede und jeder spürt, was es bedeuten könnte,

- \* über die eigene Lebenszeit selbst zu bestimmen,
- \* für die Fragen die eine\_n umtreiben, Foren zum Austausch mit anderen zu finden,
- \* Workshops gemeinsam zu gestalten,
- \* sich miteinander darüber zu unterhalten was und wie mensch lernen möchte,
- \* Aktionsformen auszuprobieren, Alltagstrotte aufzubrechen, Lebensformen kennenzulernen, sich zu durchmischen.

## Lasst uns Räume besetzen!

Im Rahmen der „Wir-bleiben-alle“-Action-Weeks und der Bildungsprotest-Aktionswoche (15.-19.6.2009) und darüber hinaus werden an einer Berliner Uni leere Räume besetzt, um diese allen zur Nutzung anzubieten – für Workshops, kritische Wissenschaft, Protest-Koordination, Party, zum Abhängen oder als Treffpunkt. Am Tag der großen Party sind alle Interessierten zum Mitmachen eingeladen. Helft mit, den Raum zu nehmen, zu gestalten und mit attraktiven Inhalten zu füllen.

Lasst uns unser Leben zurückholen! Räume gibt es an den Berliner Unis genug. Lasst uns reingehen und drinbleiben und der täglichen Enteignung eine bewusste Aneignung entgegensetzen. Bewusst heißt, dass diese Aneignung inklusiv ist: Jede\_r gehört dazu – diskriminierendes und dominantes Verhalten hat in diesen Räumen keinen Platz, sondern wird thematisiert, sobald es auftaucht.

**Bildet Bezugsgruppen und gestaltet mit! Seid bunt und feiert mit in allen Sprachen!**

dieueblichenverdaechtigen(at)gmx.de



Links: Die von den üblichen Verdächtigen besetzte Villa BEL an der TU Berlin

# Reinigungskräftestreik an den Berliner Unis

von der VillaBEL Initiative aus Berlin

## Gebäudereiniger\_innen erfahren Unterstützung durch Studierende

„Wir als AStA der TU Berlin unterstützen die Forderungen der Reinigungskräfte und zeigen uns aktiv solidarisch mit dem Streik. Die an der Universität tätigen Reinigungskräfte sind über verschiedene private Firmen beschäftigt. Die TU versucht so Kosten zu sparen, indem sie sich einerseits der Verantwortung gegenüber den ArbeitnehmerInnen entzieht und Aufträge an die billigsten Unternehmen vergibt, und andererseits, verschiedene Unternehmen beauftragt und so die schürt, die eine weitere der Löhne zur Folge

Einkommen, die so zu Stande kommen sind oft so niedrig, dass Sozialleistungen zur Aufstockung gezahlt werden müssen. (...) Beschäftigte und Studierende sind die VerliererInnen. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, uns mit

Mit dieser Pressemitteilung bestärkte der AStA der TU Berlin die hiesigen Gebäudereiniger\_innen am 5.10. in ihrem Warnstreik. Etwa 15-20 Studierende von TU, FU und HU Berlin und 10-12

Gewerkschafter\_innen der IG BAU standen bereits an den Eingängen der TU, als die Reinigungskräfte zur Arbeit antraten und verteilten die Flyer der streikbereiten Reinigungskräfte. Wenig später, noch im Dunkeln versammelten sich etwa 70 Menschen zur Warnstreik-Kundgebung und fuhren dann in die um sich auf den vorzubereiten, der Oktober beginnen



Konkurrenz Abwärtsspirale hat. (...) Die

den den Reinigungskräften zu solidarisieren unser Kampf (...).“

Reini- ihr Kampf ist

Streikzentrale, eigentlichen Streik an der TU am 15. soll.



# Anwesenheit?!

## Zur versuchten Abschaffung der Anwesenheitspflicht

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

Seit Monaten geistert ein Gerücht durch die Flure der Universität: Die Anwesenheitspflicht soll abgeschafft werden. Diese Anwesenheitspflicht, an die sich viele schon gewöhnt und welche andere so bekämpft hatten? Ja, genau jenes Instrument, was Studierende an ihren Vorlesungs- bzw. Seminarraum fesseln sollte, damit sie ja nicht auf die Idee kommen, jenseits dessen, was die/der Dozent\_in vorne erzählt, sich eine eigene Meinung zu bilden oder sonstige „studiums-fremde“ Dinge zu tun, wie zu Jobben oder Kinder in die Welt zu setzen. Denn nichts sollte mehr sein mit Ansätzen von Selbstverwirklichung, freiem Lernen und Emanzipation. So ist neben der Verschulung und Modularisierung des Lernplanes, der wirtschaftlichen Ausrichtung und weiteren Folgen des Bologna-Prozesses die Anwesenheitspflicht Hauptkritikpunkt an der neusten Umgestaltung des Universitären Systems und damit Zielscheibe unterschiedlichster Widerstandsformen.

Heimlich oder ganz offen wurden Anwesenheitslisten „entführt“, vertauscht, beschriben, bestempelt, beklebt, vervielfältigt oder sonst wie unbrauchbar gemacht. Mit dem Erfolg, dass so manch ein\_e Lehrende\_r sie wirklich weg lies. Auswirkungen auf das Gesamtkonstrukt Anwesenheitspflicht, geschweige denn auf das „System BA/MA“, hatten diese Aktionen jedoch zugegebenermaßen nicht. Das Recht sich jederzeit vom „Unterricht“ (und nur dieses Wort wird dem gerecht, was sich uns jedes Semester hauptsächlich als universitäre Lehr-Veranstaltung präsentiert) zu entfernen, musste von Veranstaltung zu Veranstaltung neu „erkämpft“ werden. Und das, obwohl doch schon der alte Tolstoi meinte, dass eben jenes Recht der „Schüler\_innen“, die Lehrenden vor den schlimmsten Fehler bewahre. Hat sich nun die Unileitung doch an Tolstoi erinnert? Wohl kaum; vielmehr passt vermutlich das überholte Werkzeug der „akademischen Stechuhr“ nicht mehr in das Konzept eines

neoliberalen Bildungsideals. Studierende sollen sich doch besser freiwillig einer Zwangsverdummung unterwerfen, anstatt von einem offensichtlichen Repressionsinstrument zu etwas gezwungen zu werden. Die Mehrheit hat's eh schon akzeptiert und der Rest hat einen Grund weniger zu schreien und wird anders selektiert. So rum ist's einfach „ökonomischer“. Doch was ist eigentlich gerade passiert?

Es fing alles damit an, das im Januar 2009 der Akademische Senat (AS) eine neue allgemeine Bachelor-Prüfungsordnung verabschiedete, in der Anwesenheit nicht mehr als prüfungsrelevantes Kriterium auftaucht. Diese Prüfungsordnung wurde nun im August nach einiger Verzögerung von der senatorischen Behörde bestätigt. Der Passus ist jedoch so allgemein formuliert, dass sich bereits einzelne Studiengänge mit der Idee beschäftigen, Anwesenheitspflicht direkt in ihrer eigenen Prüfungsordnung



aufzunehmen. Denn auch das Bremer Hochschulgesetz ist hier keine Hilfe. Zwar sieht es keine Anwesenheitspflicht vor, dennoch ist auch aus ihm nicht eindeutig ableitbar, dass Anwesenheitspflicht kein Kriterium für das Bestehen einer Veranstaltung sein kann. Nicht zulässig (bzw. nicht rechtskräftig) ist nach Aussage des Dezernats 1 (Dezernat für akademische Angelegenheiten der Uni Bremen) nur, dass die Anwesenheitspflicht in die Modulbeschreibung geschrieben wird.

Wenn die einzelnen Studiengänge Anwesenheitspflicht für bestimmte Lehrveranstaltungen einführen wollen, können sie das in ihrer spezifischen Studiengangordnung tun. Allerdings sehe dies das Rektorat nicht so gern, und wenn, dann nur für bestimmte Lehrveranstaltungen, wie z.B. für Labore oder Seminare. Wobei dann auch noch geklärt werden müsste, was Anwesenheit eigentlich als prüfungsrelevante Leistung ausmache und wie sie nachprüfbar sein soll. Vor dem Hintergrund, dass sich immer alle so beschwerten, dass sie so viel zu tun hätten, kann die Universitätsleitung es aller-

dings nicht verstehen, warum sich manch ein\_e Professor\_in damit noch zusätzliche Arbeit machen will.

Es scheint also, dass das, was der Widerstand von unten nicht vermochte, nämlich eine Systemveränderung im universitären Alltag herbeizuführen, auch eine „Anordnung“ von oben nicht vermag, bzw. nicht will. Dabei hätte sich nämlich die allgemeine BA-Prüfungsordnung explizit gegen Anwesenheitspflicht aussprechen müssen. Das macht sie eben gerade nicht. Was sich geändert hat, ist auf der einen Seite, dass die Argumentation für Anwesenheitslisten schwieriger geworden ist. Sie gehören nicht mehr zum allgemeinen Kanon der Lehr-Repressalien. Auf der anderen Seite ist die Verantwortlichkeit klarer. Kein\_e Professor\_in kann sich nun herausreden, sie/er müsse es ja tun, da dies in der allgemeinen Prüfungsordnung stehe. Es kann sich nur noch auf die studiengangsspezifische Prüfungsordnung berufen werden, für die, Welch Wunder, in vielen Fällen jene Professor\_innen mitverantwortlich sind.

Von der Abschaffung der Anwesenheitslisten also keine Spur. Von der Eröffnung neuer Perspektiven und Möglichkeiten für den Widerstand gegen sie, jedoch sehr wohl. Gerade jetzt sollten Lehrende zu Semesterbeginn auf die neue allgemeine BA-Prüfungsordnung hingewiesen werden; gerade jetzt sollten sie gefragt werden, warum sie das eigentlich tun und ob sie überhaupt wüssten, dass dies in der studienengangsspezifischen Studienordnung drin steht oder nicht; gerade jetzt sollte wieder eine inhaltliche Diskussion über den (Un-)sinn der Anwesenheitspflicht angestoßen werden und gerade jetzt sollten wieder Anwesenheitslisten verschönert, ergänzt und „entführt“ werden. Ansonsten wird „Studium“ weiterhin dafür stehen wofür dieser Satz, der einmal auf eine Anwesenheitsliste gekritzelt wurde, symptomatisch ist:

„Hiermit beweisen Sie, dass Sie ihren Namen richtig schreiben können. Damit haben sie die nötige Fachidioten-Qualifikation erreicht, die unsere Gesellschaft so dringend braucht.“



# Autonom-Kongress

Selbstverständnis, Stand und Perspektiven der autonomen Bewegung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ...

9.-11. Oktober RoteFlora Hamburg

*Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 20jährigen Besetzung der Roten Flora wird es vom 9. bis 11. Oktober 2009 einen autonom-kongress in Hamburg geben. Wir wollen euch zu diesem Versuch einer inhaltlichen Auseinandersetzung einladen.*

*Wie aktuell ist eine politische Selbstdefinition als autonom? Taugt dieser Begriff noch und welche unterschiedlichen Eckpunkte sehen wir darin? Wie setzen wir diese um? Wie entwickeln sich unsere Demos, Kundgebungen und Aktionen? Wie erreichen wir bessere Formen von Vernetzung(en)? Wie können wir ein stärkeres Gewicht unserer Positionen erreichen und vor allem, wozu das Ganze eigentlich? Alle, die sich angesprochen fühlen, sind eingeladen, sich an dem autonom-kongress zu beteiligen.*

## # Wir wollen was!

Anfang des Jahres wurde von einigen Leuten aus dem Umfeld der Roten Flora für einen autonomen Kongress geworben. Hintergrund war das Gefühl, dass zunehmend unbestimmter ist, auf welcher gemeinsamen Basis wir in Kampagnen zusammenarbeiten und welche Relevanz dies in unserer Alltagspraxis hat. Zwar beziehen sich viele auf ein autonomes Label, doch für was dieses steht bleibt zunehmend offener. Mittlerweile besteht die Vorbereitungsgruppe aus mehreren Gruppenvertreter\_innen und Einzelpersonen aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

## # Davor und nun:

Den Ausgangspunkt der Autonomen in der BRD bildete Anfang der 70er die Abgrenzung zu den Strukturen der K-Gruppen. Eine Grundidee war, die unterschiedlichen Gruppen und Einzelpersonen nicht der eigenen Politik oder den Mehrheitsbeschlüssen unterzuordnen, sondern sie aufzufordern, eigene Positionen zu entwickeln, artikulieren und auch zu vertreten, um daraus eine Zusammenarbeit entwickeln zu können.

In den 80er Jahren hatte sich dann eine breite autonome Bewegung in den Häuserkämpfen, der Antimilitarismusbewegung, den Antiatom-Protesten u.v.m. herausge-

bildet. Spätestens Anfang der 90er Jahre, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der DDR, hatte sich diese Bewegung jedoch völlig zerfasert.

Heute sind wir von dem historischen Bezug des Begriffs „autonom“ und der damaligen Bedeutung für die politische Auseinandersetzung weit entfernt. Eine übergreifende Perspektive scheint abhanden gekommen. Allein der G8-Gipfel in Heiligendamm hat deutlich gezeigt, dass die radikale Linke in der strategischen Defensive ist. Sie war zwar vor Ort, schaffte es aber weder mit Inhalten noch Aktionen, ihre Akzente zu setzen. Demgegenüber gelang es dem Bündnis „Block G8“, sich als eine neue Strömung medienwirksam in Szene zu setzen, allerdings auch jegliche radikalen Forderungen für eine Pluralität aufzugeben.

Weil heute eine inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung unter uns und nach außen kaum noch stattfindet, ist der Begriff Autonomie oft nur noch ein Label.

## Mitmachen

Die Inputs werden soweit möglich, vorher im Internetblog veröffentlicht und auch schriftlich auf dem Kongress ausliegen. Bitte schickt uns eure Inputs, damit wir die Schwerpunkte besser koordinieren können.

Postadresse: autonom-kongress-Vorbereitung, Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

E-Mail für die Anmeldung von Inputs: [autonomer-input@nadir.org](mailto:autonomer-input@nadir.org)

Kontaktmail für Schlafplätze: [wageninfo@gmx.de](mailto:wageninfo@gmx.de)

Webpage mit weiteren Infos und Diskussionen: <http://autonomerkongress.blogspot.de>

Themenverwandtes Diskussionsforum: <http://autox.nadir.org/diskussion/>

## # Was wollen wir?

Uns aus dem Vorbereitungskreis bewegt vor allem die Frage, wie wir als radikale Linke wieder mehr politisches Gewicht erlangen können und was ein solches überhaupt ist. Es gibt unter uns unterschiedliche Vorstellungen darüber, was als politische Zielsetzung in Kampagnen und einer Alltagspolitik sinnvoll ist und wie unsere politische Rolle aussehen kann.

Unserem Eindruck nach scheint so manchen in der autonomen Linken (uns inbegriffen) der Blick auf die politischen Realitäten abhanden gekommen zu sein. Wir engagieren uns, wenn etwas uns betrifft, uns zufällig interessiert oder gerade angesagt ist. Erscheinungsbilder treten in den Vordergrund, wiederkehrende Politrituale als feststehender Ausdruck linksradikaler Politik lassen uns auf der Stelle treten (1. Mai in Berlin, „Krawalle“ mit Lagerfeuer vor der Flora).

Wenn in der Gesellschaft unsere Motivationen und Inhalte aber nicht wahrgenommen werden und wir uns selbstgefällig in der Darstellung als „BlackBlock“, „gewaltbereite Linke“ und „steineschmeißende Randalierer“ genügen, dann verkommt unsere politische Aktion zu einer Inszenierung von Widerstandsperformance.

Wir wollen jedoch mehr sein als eine Funktion, die Protest und Widerstand lediglich als Gestus oder im Rahmen der in der Demokratie formulierten Schranken simuliert. Radikalität und unberechenbare Praxis müssen wir uns immer wieder neu erarbeiten – subjektiv und kollektiv.

Dabei lässt sich die Bedeutung der politischen Praxis nicht allein an der Anzahl von Teilnehmer\_innen, Höhe des Sachschadens oder Breite des Medienechos messen. Entscheidend ist, ob wir in der Lage sind, unsere Inhalte mitzuteilen und unsere gesellschaftliche Relevanz kritisch zu betrachten und entsprechend auszubauen. Wir können uns technisch noch so anstrengen, wir werden aber nur dann daran beteiligt sein, den „Lauf der Dinge“ im Sinne von Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu beeinflussen, wenn wir mit unseren Inhalten und

Interventionen auch die Herzen und Köpfe vieler Menschen erreichen.

Unsere Absicht ist es, gesamtgesellschaftliche Diskurse mit den Mitteln unserer Wahl zu verschieben, mit dem Ziel, die herrschende Ordnung zu kippen.

Dabei ist uns klar, dass wir alle auch Teil des herrschenden Systems, wie der Geschichte, Kultur, Denkstrukturen, Begriffe und Ideologien, sind. Noch in der Auflehnung gegen die Verhältnisse wird unsere Vorstellung durch sie geprägt. Identität und Bewusstsein definieren sich stets auch über die gängigen Gesellschaftsbilder. Aber wir können diese Strukturen immer wieder kritisch hinterfragen und dieses Hinterfragen zum Bestandteil unserer Vorstellung von Emanzipation machen.

## # Utopie und Schwerkraft!

Utopie ist für uns die Befreiung von Zwängen. Es geht uns um ein anderes Gesellschafts- und Menschenbild als das bestehende. Es geht immer wieder neu um die Aneignung der Begriffe wie „Herrschaftsfreiheit“, „Solidarität“, „Eigenverantwortung“, „Kollektivität“. Der Weg entsteht im Gehen; dabei werden wir auch immer wieder ins Stolpern kommen. Wichtig ist, dass wir überhaupt wagen, Fehler zu machen und die Selbstkritik besitzen den Mangel zu erkennen. Es gibt keine einfachen Antworten auf dem Weg der Revolte. Unsere Theorie, unsere Kritik und unsere Praxis („private“ sowie politische) muss sich an gesellschaftlichen Verhältnissen messen und fortwährend weiterentwickeln. Auch unsere Utopien werden wir ständig ergänzen und überarbeiten müssen.

Es liegt an uns, uns Orte anzueignen, in denen wir subversive Leben als Sabotage an den herrschenden Verhältnisse ausprobieren und lernen. Nicht als fertige Modelle, sondern als Ergebnis von kontinuierlichen Auseinandersetzungen im Rahmen der erfahrenen gesellschaftlichen Widersprüche.

All das wird uns nicht individuell gelingen, sondern nur kollektiv, indem wir unsere Handlungsspielräume erkennen und in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um sie bewusst und kritisch neu zu gestalten.

*Autonomie ist die Bezeichnung für die Entscheidung eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen, ihre Geschicke aus einer Verantwortung für das Ganze heraus selbst in die Hand zunehmen. (autonomie-kongress 1995, Nachbereitungsreader S.19.)*

In diesem Sinne laden wir alle ein, die ein Interesse daran haben, sich mit dem Begriff Autonomie und dessen praktische Umsetzung wieder neu auseinander zu setzen: Kommt zum autonom-kongress im Oktober nach Hamburg, bringt euch in die Vorbereitung ein, gestaltet die Diskussionen mit! Wir wünschen uns mit euch eine kollektive Auseinandersetzung bezüglich der Frage nach dem Weg sowie der Entwicklung von Perspektiven und Kommunikationsstrukturen.

## # Die Struktur des Kongresses

Du/ihr seid aufgefordert, den Kongress mitzugestalten. In den einzelnen Themenschwerpunkten werden verschiedene 5 bis

### Programm

#### Freitag:

Anreise  
20h Auftaktveranstaltung: Themenschwerpunkt I: Der Begriff Autonomie / das Label autonom\*

#### Samstag:

10-13 h Themenschwerpunkt II: Struktur, Bündnisse, Vernetzung und Organisation  
Pause  
14-17 h Themenschwerpunkt III: Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommunikation  
Pause  
18-21 h Themenschwerpunkt IV: Aktionsformen, Widerstand, Medien

#### Sonntag:

10 h Zusammentragung, Auswertung, Ausblick  
nachmittags: Raum und Zeit für Treffen, AG, Kampagnenvorstellung

10 minütige Impulse in Form von prägnanten Referaten, einfühlsamen Theaterstücken, einschlägigen Praxisbeispielen oder provokanten Thesen die Diskussionen anregen.

Sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen können einen Input vorbereiten, der sich am Schwerpunkt oder einem Thema innerhalb des Schwerpunktes orientiert sowie den o.g. Leitsatz des Kongresses berücksichtigt.

Der Kongress wird auf Deutsch stattfinden. Eine Übersetzung ins Englische können wir zwar nicht garantieren, wir versuchen das aber vor Ort zu regeln.

### Themenschwerpunkt I: Der Begriff Autonomie / das Label autonom

Aus welchen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und politischen Handlungsnotwendigkeiten hat sich der Begriff Autonomie entwickelt? Ist er zu einem Label oder zu einem Mythos geworden, der lediglich noch auf äußere Erscheinungsbilder (Randale, Klamotten, ...) beruht? Sind die Autonomen zu einer selbstbezogenen und selbstgenügsamen Sekte geworden, die von Außen nicht mehr greifbar und kritisierbar ist und sich deshalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzieht und somit auch in diese nicht mehr verändernd eingreifen kann. Ist der Begriff „Autonomie“ für die heutige politische/kulturelle Situation noch hilfreich? Wie setzen verschiedene politische Schwerpunkte (wie anti-Ra, anti-Fa, anti-Sexismus, anti-AKW, ...) diesen Begriff in ihren praktischen Kämpfen um?

„Autonomie“ als Kommunikations- und Kampfbegriff, Autonomie als gesellschaftliche Utopie. Selbstbestimmung und Kollektivität als dialektische Einheit. Denn Selbstbestimmung kann nur als Kollektiv statt finden und Kollektivität nur mit selbstbestimmten Menschen..

### Themenschwerpunkt II: Struktur, Bündnisse, Vernetzung und Organisation

Was verbindet uns und auf welcher theoretischen sowie praktischen Basis arbeiten wir in unseren Kleingruppen, in unseren Städten, bundesweit oder international zusammen? Gibt es eine gemeinsame autonome Bestimmung?

Unter welchen Kriterien gehen wir Bündnisse ein und um welchen Preis?

Brauchen wir eine Organisation und wenn ja, welche Form von Organisation muss das sein, um eine revolutionäre Kraft darzustellen? Was müssen und können wir an unseren gemeinsamen Strukturen ändern, um politisches Gewicht zu erlangen?

Fortsetzung auf Seite 16

## Veranstaltungsankündigung: Alternatives Seminar im Wintersemester 2009/2010

### Macht, Entfremdung, Selbstunterwerfung - Leben und Studieren unter dem Diktat ökonomischer Zwänge

von noch einer autonomen Gruppe aus Bremen

Wie wirken die Strukturen der ökonomisierten Universität auf das Denken und Fühlen der Menschen, die in ihr zu lernen und zu leben versuchen? Was macht ein Studium aus mir, ein Studium, in dem die gleichen verrückten Konkurrenz- und Anpassungsprinzipien wie auf dem Arbeitsmarkt herrschen – zu dem die „erfolgreich“ absolvierte „Hochschulausbildung“ gemeinhin als Eintrittskarte gesehen wird? Und wie kann ich mich gegen die Logik und die Zwänge einer Uni wehren, die mal offen, mal versteckt die Einpassung der Studierenden in die ökonomisch rationellste Form von „Humankapitalproduktion“ erzwingt? Wie kann ich in einem offenkundig ebenso verrückten wie entmündigenden System einen klaren Kopf behalten? Wie kann ich solidarisch mit Anderen etwas der Macht der toten Strukturen entgegensetzen?

Ich gehe zum einen grundsätzlich davon aus, dass ein Verständnis der Wirkungsweise kapitalistischer Herrschaft in Uni und Gesellschaft eine Voraussetzung zur Veränderung dieser Strukturen bildet - was nicht heißt, dass dieser Ansatz die Praxis in die ferne Zukunft verschiebt. Vielmehr gehe ich davon aus, dass es erst einmal sinnvoll ist, die eigene Verstrickung in Systemzwänge und die Folgen aufzudecken.

Spätestens seit dem europaweit durchgesetzten „Bologna-Prozess“ gehorcht der Ausbildungsbetrieb Uni ganz ähnlichen Regeln wie die umgebende Gesellschaft und Wirtschaft. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, ob sich die Durchsetzung rein kapitalistischer Prinzipien und Strukturen im Hochschulbereich nicht auch ganz ähnlich auswirkt wie in der übrigen Gesellschaft und ob wissenschaftliche Ansätze, die etwa die Folgen entfremdeten Arbeitens und Lebens im Industriesystem beschreiben, auch auf das Lernen in der Uni übertragbar sind.

Eine erste Auswahl der Theoriebausteine:

- Karl Marx: Entfremdungskonzept und modernes „Bulemie-Lernen“
- Michel Foucault: Gouvernementalität, „Selbstvermarktung“ und die Illusion der Freiheit
- Marianne Gronemeyer/Ivan Illich: Entmündigung durch Experten und Bildungsalternativen „von unten“
- Klaus Ottomeyer u.a.: Soziale Folgen des Konkurrenz- und Leistungsprinzips
- Anna Freud: Identifikation mit dem Aggressor – Wettbewerb um Konformität

Um einem häufigen Missverständnis vorzubeugen: Die hier umrissenen sozialpsychologischen Konzepte ersetzen keine Gesell-

schaftsanalyse und keine Einführung in Politische Ökonomie. Sie befassen sich mit einem Zusammenhang von gesellschaftlichen Zwängen und dem Bewusstsein von Menschen. Sie erklären nicht primär das Vorhandensein und die Funktionen gesellschaftlicher Strukturen, sondern deren mögliche Auswirkungen. Damit ist auch kein Determinismus irgendwelcher Art gemeint. Mit diesen inhaltlichen Vorschlägen ist ein Einstieg, eine erste Diskussionsgrundlage und ein Angebot gegeben, keineswegs ein abzuarbeitender „Kanon“. In welcher Form und mit welchen konkreten Inhalten es dann weitergeht, hängt von den möglichen Interessen der Teilnehmer\_innen ab. Ort und Zeit der Veranstaltung sind noch nicht endgültig festgelegt. Bei Interesse einfach anmailen, ein Vortreffen mit ersten Infos und Texten wird organisiert. Denkbar sind dann entweder wöchentliche Treffen am Montagnachmittag bis frühen Abend oder am Donnerstagnachmittag. Falls keine wöchentlichen Treffen klappen, würde ich ein bis zwei zweitägige Blöcke über Freitag und Samstag zum Thema anbieten. Der Veranstaltungsort wird ebenfalls noch bekanntgegeben.

Meldet Euch einfach bei:  
Christian (E-Mail: [cboldt@uni-bremen.de](mailto:cboldt@uni-bremen.de))

*Fortsetzung von Seite 15*

#### **Themenschwerpunkt III: Alltagspraxis, interne Machtverhältnisse, Kommunikation**

Themenschwerpunkt geht um unseren Umgang untereinander, unter bezug auf Machtverhältnisse und unterschiedlichste Unterdrückungsverhältnisse. Dabei deckt er auch die verschiedenen bekannten –ismen ab.

Außerdem fragen wir uns, wie unsere eigene Kommunikation untereinander aussieht und wie diese geprägt ist. Ob durch vorgegebene Rollen und deren Zuschreibungen oder durch einen offenen Umgang

untereinander, der Annäherung erlaubt und diese auch wünscht.

Schließlich soll es auch drum gehen, wie eine selbstbezogene Abtrennung der eigenen Lebensverhältnisse und Alltagseinsparungen vom radikalen Kollektiven handeln überwunden werden kann.

#### **Themenschwerpunkt IV: Aktionsformen, Widerstand, Medien**

Aktionsformen sollen unsere Inhalte und unseren Widerstand nach außen vermitteln. Entspricht das der Wirklichkeit? Wie sollten

wir Militanz verantwortungsvoll einsetzen und perspektivisch ausbauen? Welche Bilanz können / sollen wir aus den gemachten Erfahrungen ziehen? Wie wollen wir mit der medialen Wiedergabe und den Reaktionen auf unsere Aktionsformen umgehen? Welche Rolle(n) spielen unsere eigenen Medien (nicht nur das Internet)? Wie, wo und warum könnten zukünftige Aktionsformen neu gestaltet oder weiter entwickelt werden?

# Kopenhagen Gipfelstürmen

Für ein solidarisches Klima nicht nur in Kopenhagen

ein Entwurf aus Braunschweig und Hannover

Der Klimawandel ist spätestens seit dem vierten IPCC-Bericht von 2007 in aller Munde. Die Polkappen schmelzen, der Meeresspiegel steigt, New Orleans versinkt im Meer und Dresden in der Elbe. Pinguine treiben auf Eisschollen ab und knuffige Knuts gibt es bald nur noch im Zoo. Doch während wir hier im reichen, klimatisch gemäßigten Norden emotionale Probleme mit dem Aussterben der Eisbären haben und eventuell in 20 Jahren nicht mehr im März mit dem Benz in die Alpen zu Ski fahren brettern können, weil Schnee und Gletscher geschmolzen sind, sieht es im Süden etwas ernster aus. Schon kleine Veränderungen im Klima sorgen für Dürren und Missernten. Deiche sind unbezahlbar, erzwungene Migration unausweichlich. Aber an der Grenze Europas ist Schluss. Wer nicht unterwegs verhungert oder ertrinkt landet im komfortablen<sup>1</sup> Auffanglager und darf nach kurzer Zeit die Heimreise antreten. Ein Asylgrund ist Klimaflucht nicht.

Was diese Polemik deutlich machen soll, ist dass der Klimawandel nicht vorrangig ein Problem der Naturzerstörung, sondern ein soziales Problem ist. Er macht deutlich, dass die Industrieländer auf Kosten der ganzen Welt leben.

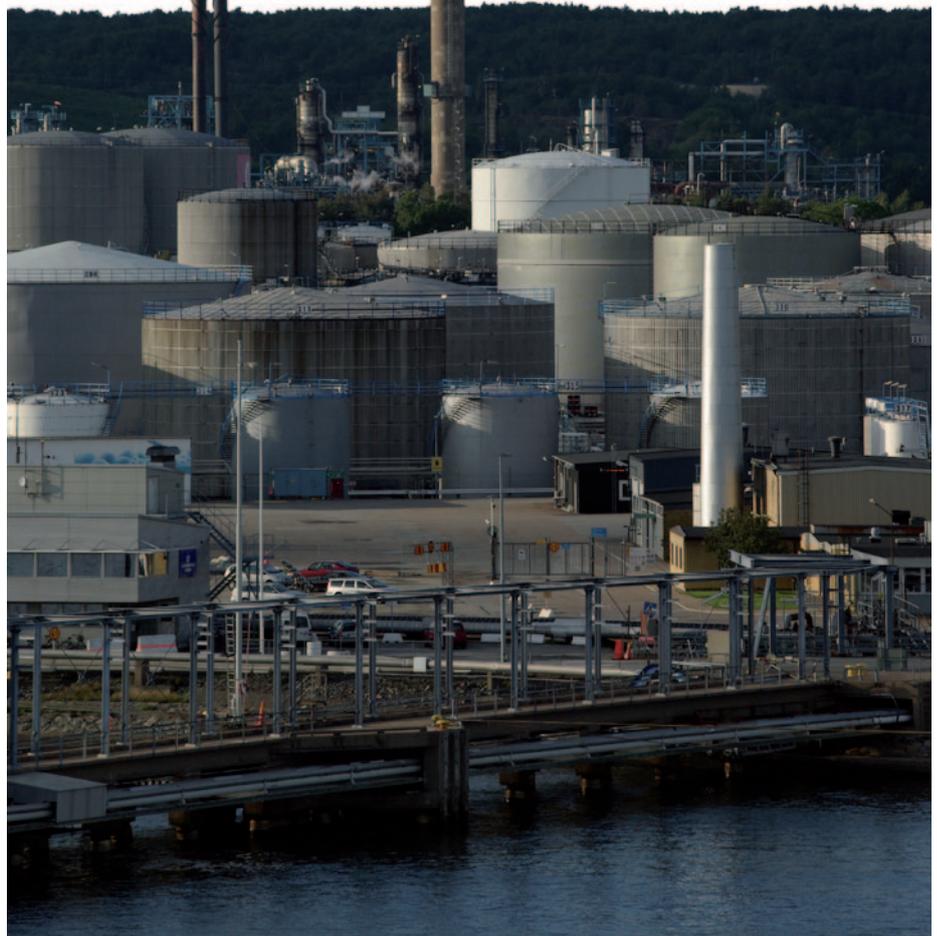
Das der Klimawandel gefährlich werden kann wissen auch die Regierungen und die Wirtschaft der Industrieländer seit geraumer Zeit. Im Rahmen des UNFCCC<sup>2</sup> soll die Erhöhung der Erdtemperatur gestoppt oder zumindest begrenzt werden (zuletzt sind 2 Grad seit 1990 im Gespräch).

Als Hauptursache des Klimawandels gelten die sogenannten Treibhausgase, die von der Erde ausgehende Wärmestrahlung reflektie-

ren und die Atmosphäre so aufheizen. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich ihre Konzentration stark erhöht. Vom Volumen her ist CO<sub>2</sub> das am stärksten vertretene. Es wird deshalb meist als äquivalent für alle Treibhausgase verwendet. Da es bei der Verbrennung von fossilen Brennstoffen entsteht, rückt diese in den Fokus des Klimaschutzes. Andere Quellen wie Massentierhaltung (produziert Methan), treten in den Hintergrund.

Die bekannteste Maßnahme zur Verminderung des Klimagasausstoßes ist das Kyoto Protokoll, in dem eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 5,2%<sup>3</sup> gegenüber dem Stand von 1990 festgelegt wurde. Dabei haben die Industrieländer eine stärkere Senkung zu erbringen, während Entwicklungsländer ihren Ausstoß im Rahmen einer nachholenden Entwicklung

erhöhen dürfen. Vom Ansatz her ist das richtig. Leider haben einige Hauptemittenten, wie die USA das Protokoll nicht unterzeichnet, andere wie Deutschland und Russland profitieren vom Zusammenbruch der CO<sub>2</sub> intensiven Ostblock-Industrie. Zusammen mit dem Handel von Emissionszertifikaten führt das nicht unbedingt zu einer weiteren Reduzierung der Emissionen seit dem Inkrafttreten des Protokolls 2008 sondern nur zu einer Reduzierung im Verhältnis zu 1990. Denn Russland kann seine Einsparungen durch den Zusammenbruch der Industrie an andere Länder verkaufen, die dafür weniger einsparen müssen. Auch andere Kyoto-Mechanismen wie der „Clean development mechanism“ (CDM) sind Nullsummenspiele<sup>4</sup>. Unternehmen aus Industrieländern bauen zusätzliche CO<sub>2</sub>-sparende Anlagen in Entwicklungsländern und dürfen dafür zu Hause entsprechend mehr CO<sub>2</sub> in die Luft



1 Das ist natürlich nicht ernst gemeint. Die Zustände in den Auffanglagern sind alles andere als komfortabel. Siehe z.B. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3973260,00.html>

2 Die „United Nations Framework Convention on Climate Change“ ist ein internationaler Vertrag, der den Willen der unterzeichnenden Länder ausdrückt sich mit der Reduzierung der globalen Erwärmung zu beschäftigen. Jährlich findet eine sogenannte „Conferences of the Parties“ (COP) statt. Im Rahmen der COP-Treffen wurde z.B. das Kyoto Protokoll beschlossen und von einigen Ländern unterzeichnet. Der Klimagipfel in Kopenhagen ist das 15. COP-Treffen. <http://unfccc.int>

3 [http://unfccc.int/kyoto\\_protocol/items/2830.php](http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php), <http://de.wikipedia.org/wiki/Kyoto-Protokoll>,

4 Bernd Brouns, Marktplatz Kyoto, ak 536 vom 20.2.2009

pusten. Das sichert vor allem den Technologievorsprung der Industrieländer.

Auch der Europa-interne Emissionshandel ist kontraproduktiv, da die Emissionsrechte momentan zu großen Teilen umsonst vergeben werden<sup>5</sup> und ihre Gesamtmenge nicht ständig verringert wird. Um Investitionen in CO<sub>2</sub> sparende Technologie zu erwirken wären aber eine Versteigerung mit Mindestpreisen sowie eine ständig reduzierte Anzahl an Zertifikaten nötig<sup>6</sup>. Statt dessen steigt der Strompreis, da die geschenkten

Allem Interesse an der kostenfreien Nutzung der Umwelt zum trotz fordern neuerdings auch Unternehmen mehr Klimaschutz von der Politik ein. Das liegt zum einen daran, dass die Wirtschaft an stabilen politischen Verhältnissen interessiert ist, die bei Konflikten um Ressourcen und Migration nicht mehr gewährleistet sind. Zum anderen, bauen gerade Länder wie Deutschland auf die Umweltschutztechnologie als Schlüsselinnovation um aus der Wirtschaftskrise in eine neue Phase des Kapitalismus zu kommen. Feste Klimaschutzziele sichern hier Absatz-

Beispiel einer Industrie mit nicht physischen Dienstleistungen mag das Internet dienen, das mittlerweile einen Anteil von 2-3% am Kohlendioxidausstoß in Deutschland hat – etwa so viel wie der Flugverkehr<sup>9</sup>.

Im Dezember soll in Kopenhagen über die Nachfolge des Kyoto Protokolls beschlossen werden. Es formieren sich sowohl Hoffnungen auf echte Klimaschutzziele als auch Widerstand gegen einen Gipfel, der zum einen als Klimaschützer-Show und zum anderen als Zementierung des bestehenden



Zertifikate einen Wert haben, der beim Verkauf einen Profit ohne Produktion ermöglichen würde. Diesen Profit müssen die Stromkunden nun extra zahlen, damit überhaupt noch Strom produziert wird<sup>7</sup>. Generell sind alle bisherigen Reduktionsmechanismen auf Marktprinzipien basiert, was dazu führt, dass nicht aus Problembewusstsein, sondern aus Profitkalkulationen gehandelt wird. Das bedeutet auch, dass jedes Schlupfloch genutzt wird, die Emissionen nicht zu reduzieren, wenn sich dadurch ein höherer Profit erwirtschaften lässt. Ein Bewusstsein allein würde jedoch auch nichts nutzen, denn solange die Unternehmen im Wettbewerb stehen, wird ein höherer Profit und damit die Möglichkeit zur Expansion und Behauptung in Wettbewerb im Vordergrund stehen. Realpolitisch wären marktförmige Mittel erstmal besser als nichts, falls sie wenigstens ein bisschen zur Emissionssenkung beitragen würden. Das ist momentan leider kaum der Fall.

<sup>5</sup> Siehe 4

<sup>6</sup> Frieder Otto Wolf, Den Green New Deal nicht ablehnen, sondern instandbesetzen, aus Luxemburg 1, August 2009

<sup>7</sup> Siehe 4

märkte für die neuen Produkte und machen Subventionen durchsetzbar. Damit festigen die Industrieländer ihre wirtschaftliche Vorherrschaft. Werden Klimaschutzziele auch für Entwicklungsländer festgelegt, werden dort Absatzmärkte für die eigenen Produkte geschaffen und das Ausbeutungsverhältnis aufrecht erhalten.

Doch unabhängig von den weiter bestehenden sozialen Gegensätzen wird ein „green new deal“, wie die grüne Erneuerung des Kapitalismus gerne genannt wird, keinen langfristigen Schutz der Umwelt und unserer Lebensbedingungen ermöglichen<sup>8</sup>. Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist ein Zwang zur ständigen Expansion innewohnend, der ständiges Wachstum von Produktion und Konsum von Waren voraussetzt. Auch wenn die Waren nicht unbedingt physischer Natur sein müssen erscheint ein ständig steigender Bedarf an Rohstoffen und Energie unausweichlich, da der Effizienz physikalische Grenzen gesetzt sind. Als

<sup>8</sup> Tadzio Müller und Alexis Passadakakis, Das Märchen – Überlegungen zum „green new deal“ im Angesicht der (grünen) Krise, aus ak 536 vom 20.2.2009

Ausbeutungs- und Umweltzerstörungsverhältnisse empfunden wird<sup>10</sup>. Leider sehen wir die Hoffnung darauf, dass sich die Delegierten der Staaten zusammen mit dem Rat einer ganzen Reihe von NGOs auf echte Klimaschutzziele einigen nicht für berechtigt an. Das Interesse der Industrieländer ihren klimaschädlichen und ausbeuterischen Lebensstil aufrecht zu erhalten und ihre Macht sich damit durchzusetzen sind zu groß. Entwicklungsländern werden darauf beharren, das sie noch einiges nachzuholen haben, bevor sie mit Einsparungen beginnen müssen, während einige Industrieländer schon angekündigt haben einer Ausstoßsenkung nur zuzustimmen, wenn, auch Schwellenländer wie China ihre Emissionen senken. Es wird sich also um einen Machtpoker handeln in dem sich entscheidet, ob die

<sup>9</sup> Titus Arnu, Klimakiller Internet, Süddeutsche Zeitung (online) vom 22.10.2007 <http://www.sueddeutsche.de/computer/407/422168/text/> Die Werte stammen aus dem Jahr 2007. Mittlerweile dürfte der Stromverbrauch des Internets stark gestiegen sein.

<sup>10</sup> Tadzio Müller, Countdown to Copenhagen – wird der Klimagipfel zu einem Seattle 2.0?, aus ak 542 vom 18.9.2009 [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak542/12.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak542/12.htm)

Industrieländer mit einem „green new deal“ die Abhängigkeit der Entwicklungsländer erneuern und langfristig erhalten können. Sie sitzen wirtschaftlich und ökologisch am längeren Hebel, da die Entwicklungsländer von Krediten abhängig sind und die Industrieländer von den Folgen des Klimawandels weniger betroffen sind. An ein Kratzen am Wachstumsparadigma des Kapitalismus ist auf dem Kopenhagen Gipfel von offizieller Seite gar nicht zu denken.

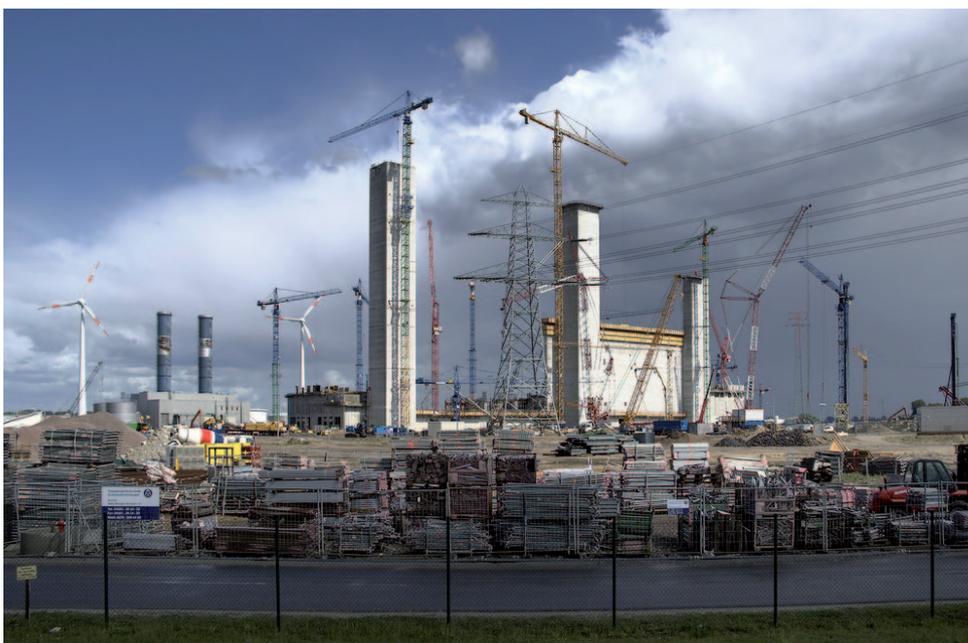
Wir halten es deshalb für richtig, den Gipfelprozess durch Proteste und praktischen Widerstand zu delegitimieren um unsere Kritik und Alternativen hörbar zu machen und die Gipfelteilnehmer\_innen unter Druck zu setzen. Schließlich geht es bei der Legitimität des Gipfels

auch um ihre Legitimität.

Auch wenn die Forderungen vieler NGOs uns perspektivisch nicht weit genug gehen, sind sie ein Anfang. Durch entschlossene Proteste auf der Straße stützen wir auch ihre Position als Ratgeber in den Verhandlungen. Der Klimawandel und seine sozialen Folgen sind zu wichtig um auf eine soziale Revolution zu warten. Es muss daher auch darum gehen, das Schlimmste, also kontraproduktive Lösungen wie im Kyoto Prozess und die Verfestigung der Ausbeutung der Entwicklungsländer zu verhindern.

Aus dem gleichen Grund dürfen wir unsere Aktion nicht auf Events wie Kopenhagen beschränken. Die Lösungen der Gegensätze, die durch unsere Wirtschaftsweise entstehen liegen in lokalen Strukturen und globaler Solidarität. Dem Energieverbrauch durch Transport sollten wir regionale Strukturen von Produktion und Verbrauch entgegensetzen. Der zentralisierten Energieversorgung mit hohen Leitungsverlusten und Großkraftwerken eine lokale Energieversorgung mit regenerativen Energieträgern unter Kontrolle der Abnehmer\_innen. Auch unsere Konsumgewohnheiten müssen wir überdenken, denn wenn alle Menschen auf

dem Level der Industrieländer konsumieren würden, wäre die Erde schnell am Ende. Dabei geht es nicht um Verzicht auf Bedürfnisbefriedigung, sondern um den Weg dorthin. Leckeres Essen braucht nicht jeden Tag Fleisch, Mobilität braucht keine privaten Autos<sup>11</sup>. Durch unsere Konsumgewohnheiten werden wir die Weltwirtschaft zwar nicht sozial machen, aber es ist besser als nichts zu tun und sollte Teil eines Streitens für eine soziale und ökologische Welt werden. Denn



Kraftwerksneubau in Moorburg

um die Welt sozial und ökologisch zu gestalten bedarf es einer revolutionär anderen Wirtschaftsweise. Und „Revolution ist nicht ein kurzer Akt, wo mal irgendwas geschieht und dann ist alles anders. Revolution ist ein langer komplizierter Prozess, wo der Mensch anders werden muss.“ (Rudi Dutschke). Und anders werden wir vor allem dadurch, dass wir anders denken und handeln.

**Zum Weiterlesen:**

*Die Linke und die sozial-ökologische Frage*, AK Sonderbeilage vom Sommer 2009. Enthält u.a. viele der hier zitierten Texte aus der AK.

*Luxemburg 1*, Sommer 2009  
Zum Green New Deal.

*Zusammenfassung des IPCC-Berichts*  
[http://www.ipcc.ch/publications\\_and\\_data/publications\\_ipcc\\_fourth\\_assessment\\_report\\_synthesis\\_report.htm](http://www.ipcc.ch/publications_and_data/publications_ipcc_fourth_assessment_report_synthesis_report.htm)

<sup>11</sup> Siehe dazu auch die Texte des Klimaplenums Bremen in der Drucksache No. 3 vom April 2009

**Aufruf zur Aktion gegen den Kohlekraftwerksneubau Moorburg ab Januar**

In Hamburg sollen Bäume der Fernwärme-Trasse von Vattenfall zum Opfer fallen. Dies steht im Zusammenhang mit dem bereits

im Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg (vgl. <http://de.indymedia.org/2009/04/248626.shtml>). Es wird damit gerechnet, dass die Bäume schon diesen Winter gefällt werden - ab etwa Januar. Verschiedene Organisationen und Menschen treffen sich bereits regelmäßig um Aktionen gegen dieses Projekt zu planen (vgl. <http://moorburg-trasse-stoppen.de/>). Eine SMS-Alarm-Liste

für den Tag X gibt es bereits - jedermann kann sich eintragen lassen.

Die Hamburger/Lüneburger Gruppe von Robin Wood zieht eine Baumbesetzung als Aktion gegen die Pläne von Vattenfall in Betracht. Die Gruppe ist aber nicht sehr groß. Sie würde eine -symbolische- Besetzung etwa für den Tag X vorbereiten und durchführen. Um mehr auf die Beine zu kriegen bräuchte die Initiative Unterstützung weiterer Klimaaktivist\_innen. Würden sich Menschen von außerhalb an einer längeren nicht nur symbolischen Baumbesetzung beteiligen? Mensch muss nicht die ganze Zeit dabei sein, die BesetzerInnen und Unterstützer\_innen können sich natürlich abwechseln.

Es ist damit zu rechnen, dass die örtlichen Initiativen die Aktion mit Infrastruktur unterstützen würden und dass es viel Spielraum für Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt mit Einwohner\_innen und Passant\_innen geben würde.



für schlaflose Nächte